

25/2012

16. Juli 2012

Leibniz-Gemeinschaft begrüßt Votum des Wissenschaftsrates zu Informationsinfrastrukturen

Berlin – Die Forderung des Wissenschaftsrates, „eine ausreichende Grundfinanzierung der wissenschaftlich erforderlichen, öffentlichen Informationsinfrastruktureinrichtungen sicherzustellen und dabei enger zusammenzuarbeiten“ wird von der Leibniz-Gemeinschaft nachdrücklich unterstützt. Der Wissenschaftsrat hat sich die von der Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“ (KII) 2011 unter Federführung der Leibniz-Gemeinschaft erarbeiteten Positionen weitgehend zu Eigen gemacht. Auch die Feststellung des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Wolfgang Marquardt, dass ein leistungsstarkes Informationsinfrastruktursystem nur durch länderübergreifende Kooperation erreicht werden könne, wird von der Leibniz-Gemeinschaft uneingeschränkt geteilt.

Karl Ulrich Mayer, Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, weist in diesem Zusammenhang auf die bereits von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten und in der Leibniz-Gemeinschaft zusammengeschlossenen Zentralbibliotheken wie die für Medizin (Köln), Technik (Hannover) oder Wirtschaftsforschung (Kiel) hin. Zu den Infrastrukturen gehören aber auch Objekt- und Datensammlungen wie die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen, Braunschweig, oder das Sozioökonomische Panel beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin – beides ebenfalls Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft.

Mayer hatte anlässlich der Präsentation des Kommissionsberichtes im Mai 2011 anschaulich auf ein Kernproblem der Informationsverarbeitung und -archivierung im 21. Jahrhundert hingewiesen: „Wer Originalaufzeichnungen der ersten Mondmission sucht, hat Pech gehabt: Seit Jahren stöbern Mitarbeiter der US-Weltraumagentur NASA erfolglos in ihren Archiven und suchen die Spulen. Es wird immer mehr zur Gewissheit: Die drei Zentimeter breiten Magnetbänder wurden irgendwann schlicht gelöscht und mit anderen Daten überspielt. Ein Gutes aber hatte die Suche der NASA: Sie förderte in Australien andere alte Datenbänder zutage, auf denen Informationen über Mondstaub gespeichert sind. Doch darauf folgte gleich das nächste Problem – die Daten waren nicht lesbar. Man fand glücklicherweise einen historischen Rekorder, mit dem die Informationen entziffert werden konnten. Das Gerät von der Größe eines Kühlschranks kommt aus einem Museum. Diese Beispiele illustrieren die zunehmend wichtige Frage, wie Forscherinnen und Forscher künftig mit wissenschaftlichen Informationen und Daten künftig umgehen müssen, um sie für weitere Forschungsprozesse zu sichern und zugänglich zu machen.“

Die KII, in der die deutschen Forschungsorganisationen und forschungsorientierten Infrastruktureinrichtungen zusammengearbeitet haben, hatte im Mai 2011 ein „Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur“ vorgelegt. Den Auftrag dafür hatte die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) erteilt, die jetzt auch den Wissenschaftsrat um Stellungnahme zu dem Ergebnis gebeten hatte.

Sabine Brünger-Weilandt, Geschäftsführerin des Leibniz-Instituts für Informationsinfrastruktur – FIZ Karlsruhe und Präsidiumsbeauftragte der Leibniz-Gemeinschaft für Informationsinfrastruktur, war Vorsitzende der Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“.

Pressekontakt für die Leibniz-Gemeinschaft

Christian Walther

Tel.: 030 / 20 60 49 – 42

Mobil: 0173 / 513 56 69

walther@leibniz-gemeinschaft.de

Die Leibniz-Gemeinschaft

Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, und Sozialwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen strategisch und themenorientiert. Dabei bedienen sie sich verschiedener Forschungstypen wie Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Forschung, wissenschaftlicher Infrastrukturen und forschungsbasierter Dienstleistungen. Die Leibniz-Gemeinschaft setzt Schwerpunkte im Wissenstransfer in Richtung Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie pflegt intensive Kooperationen mit den Hochschulen, u.a. über gemeinsame Wissenschaftscampi, und mit der Industrie und anderen Partnern im In- und Ausland. Ihre Einrichtungen unterliegen einem maßstabsetzenden transparenten und externalisierten Begutachtungsverfahren. Jedes Leibniz-Institut hat eine Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung. Daher fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen etwa 16.800 Personen, davon sind ca. 7.800 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, einschließlich der 3.300 Nachwuchswissenschaftler. Der Gesamtetat der Institute liegt bei mehr als 1,4 Mrd. Euro, die Drittmittel betragen etwa 330 Mio. Euro pro Jahr.

www.leibniz-gemeinschaft.de